



Katja Dörner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kinder- und Familienpolitische Sprecherin



Markus Kurth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sozial- und Behindertenpolitischer Sprecher

Ingrid Gerber
Gemeinsam leben – gemeinsam lernen Bonn

Eva-Maria Thoms
mittendrin e.V.

per Mail

Berlin, 29.11.2010

Offener Brief

Liebe Frau Gerber, liebe Frau Thoms,

mit Bedauern haben wir die Pressemitteilung der Elternvereine von Kindern mit Behinderung, Gemeinsam leben – gemeinsam lernen Bonn und mittendrin e.V., vom 17.11.2010 zur Kenntnis genommen, mit der sie die Genehmigung der Gemeinschaftsschule Ascheberg kritisieren. Sie beklagen, dass das Schulministerium NRW für sein schulpolitisches Modellprojekt der Gemeinschaftsschulen die Frage der Inklusion hinten anstellen würde.

Offensichtlich hat die Genehmigung der Gemeinschaftsschule in Ascheberg zu Irritationen geführt, die wir gerne beseitigen wollen. Denn Bündnis 90/Die Grünen machen sich auf allen staatlichen Ebenen für eine inklusive Schule stark. Auch auf Bundesebene fordern wir entsprechende Initiativen, wie wir zuletzt auf einer Grünen Fachtagung am 28.06.2010 im Deutschen Bundestag betonten. Vor diesem Hintergrund möchten wir, Katja Dörner und Markus Kurth, die wir beide aus Nordrhein-Westfalen stammen, mit diesem Offenen Brief auf Ihre Kritik reagieren.

Das Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen entspricht fraglos nicht den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention. Aus diesem Grund haben sich Bündnis 90/Die Grünen in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD erfolgreich dafür stark gemacht, sowohl einen Rechtsanspruch auf den Gemeinsamen Unterricht als auch einen Inklusionsplan festzuschreiben. Schon in einer der ersten Sitzungswochen des neuen Landtages hat die rot-grüne Minderheitsregierung ein schulpolitisches Sofortprogramm verabschiedet, das unter anderem einen entsprechenden Inklusionsplan beinhaltet.

Am 24.11.2010 hat nach jahrelanger Verhandlung der Schulausschuss nun endlich mit den Stimmen von Grünen, SPD, CDU und Linken einen Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Nur die FDP hat dagegen gestimmt, weil sie explizit keinen individuellen Rechtsanspruch auf den Besuch einer Regelschule festschreiben wollte.

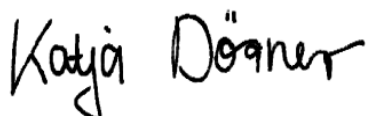
Die Erarbeitung und Umsetzung des Inklusionsplanes sowie die Änderung des Schulgesetzes wird intensiv im Jahre 2011 angegangen. Wir müssen hier nicht nur die anderen Parteien mitnehmen, sondern auch die Schulträger sowie die vielen Eltern, die dem Gemeinsamen Unterricht bis heute skeptisch gegenüber stehen. Insbesondere die ja auch von Ihnen zu Recht genannten Voraussetzungen, die einen Gemeinsamen Unterricht erst ermöglichen, müssen

sorgfältig geplant und solide umgesetzt werden. Hierzu gehören etwa der Einsatz von SonderpädagogInnen, kleinere Schulklassen oder entsprechend ausgestaltete, barrierefreie Schulgebäude. Wir möchten aber nochmals deutlich machen, dass der individuelle Rechtsanspruch auf den gemeinsamen Unterricht und dessen Umsetzung im nordrhein-westfälischen Schulgesetz aus unserer Sicht eine absolute Notwendigkeit darstellt! Ausflüchte und der Verweis auf die „personelle und sächliche Ausstattung der Schulen“ – wie aktuell im Schulgesetz dargelegt -, darf es zukünftig nicht mehr geben.

Dass die Gemeinschaftsschule Ascheberg ohne Gemeinsamen Unterricht startet, ist nicht optimal. Das nordrhein-westfälische Schulministerium hat sich entschieden, erste Modellschulen auch ohne Gemeinsamen Unterricht zu genehmigen. Da nicht die eine Schulform zum Gemeinsamen Unterricht verpflichtet werden kann, während die anderen Schulformen dies nicht sind, erscheint uns diese Entscheidung plausibel. Sie ist vor dem Hintergrund der genannten Vorbereitungen, Beratungen, Beschlüsse und Gespräche zur inklusiven Schule nachvollziehbar. Wichtig ist, dass das Schulgesetz so schnell wie möglich geändert werden muss, um den Anforderungen der UN-Konvention gerecht zu werden.

Insofern bitten wir auch Sie, die Elternvereine, mit denen wir schon seit Jahren konstruktiv und zielorientiert zusammenarbeiten, sich an den gemeinsamen Bemühungen in den kommenden Monaten und Jahren zu beteiligen und dementsprechend mit uns weiterzuarbeiten. Ein inklusives Schulsystem können wir nur gemeinsam erreichen.

In der Hoffnung auf weiterhin gute Zusammenarbeit verbleiben wir mit vielen Grüßen



Katja Dörner MdB



Markus Kurth MdB